



Die neuen Mehrheitsverhältnisse in dieser Legislatur zeigen sich in der Asylpolitik besonders schmerzlich. Der Ständerat wird seinem Ruf als «Chambre de Reflexion» nicht mehr gerecht. Gefreut hat mich, dass meine Motion im Kampf gegen Foodwaste «Lebensmittelverluste vermeiden durch Mindesthaltbarkeitsdatum» mit klarem Mehr angenommen wurde.

### **Protestbrief nach Strassburg isoliert die Schweiz**

Normalerweise akzeptiert die Schweiz die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte EGMR. Dieser schützt die Menschenrechte und garantiert die Rechtsstaatlichkeit. Das Klimaseniorinnen-Urteil sorgt aber für hitzige Diskussionen. Gehört der Schutz der Gesundheit zu den Menschenrechten oder hat der Gerichtshof seine Kompetenzen überschritten? Wie die Antwort auch lautet, das Urteil muss wegen der Gewaltenteilung respektiert werden. Trotzdem verabschiedeten Ständerat und Nationalrat eine Erklärung, dem Urteil keine Folge zu geben. Statt sich zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu bekennen, unterstützt die Schweiz damit autokratische Regimes wie Russland und Belarus, die Menschenrechte systematisch missachten. Die Schweiz isoliert sich damit aussenpolitisch und setzt die Kandidatur von Alain Berset, als ersten Schweizer Generalsekretär des Europarates aufs Spiel. Seine Gegenkandidaten nutzen unsere Posse.

### **Armee aufrüsten auf dem Buckel der Ärmsten**

Die vielen Steuersenkungen für Unternehmen machen sich bemerkbar, die Schuldenbremse zwingt zum Sparen. Das geht nur in den vier Bereichen Armee, Bildung, Landwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit IZA. Die Landwirtschaft hat eine starke Lobby und die Armee soll kräftig aufrüsten. Während die Kürzungen im Bildungsbereich korrigiert wurden, traf die IZA ein regelrechter Kahlschlag. Ihr werden bereits Gelder für die Ukrainehilfe entzogen. Jetzt soll sie auch für die Hälfte der Armeeaufrüstung bluten, trotz hoher Wirksamkeit der Gelder. Die ärmsten Länder werden das zu spüren bekommen. Projekte zur Friedensförderung müssen eingestellt werden. Humanitäre Hilfe ist Teil der Sicherheitspolitik, sie verringert den Migrationsdruck. Damit schädigt die Schweiz als eine der reichsten Nationen der Welt ihren Ruf und bricht mit ihrer humanitären Tradition.

### **Zufallsentscheid: Rückschaffung von Afghaninnen verhindert**

Menschenverachtende Positionen sind mittlerweile mehrheitsfähig. Die FDP ist migrationspolitisch mit der SVP identisch geworden und die Mitte ist nach rechts gerückt. Offensichtlich nicht umsetzbare Vorstösse werden überwiesen. In Drittstaaten wie Albanien oder Ruanda sollen Transitzentren zur Rückführung von Eritreern betrieben werden. Doch Eritrea will seine Leute nicht zurücknehmen. Die Schutzsuchenden müssten bald wieder in die Schweiz zurückgeflogen werden! Gefährlich ist auch die Stimmung gegen Asylsuchende aus Afghanistan. Das Staatssekretariat für Migration hatte letzten Sommer wegen der systematischen Verfolgung seine Praxis geändert. Afghaninnen erhalten nun den Flüchtlingsstatus. Die SVP wollte dies rückgängig machen und Frauen in das wohl gefährlichste Land der Welt abschieben. Mit endloser Fragerei versuchten SVP-Exponenten den zuständigen Bundesrat Beat Jans zu zermürben. Doch er setzte sich engagiert für eine humane Asylpraxis ein. Mit 92:91 konnte die Abschiebung von Afghaninnen verhindert werden.

### **Respektloser Umgang mit der Umweltverantwortungsinitiative**

Die Initiative der jungen Grünen verlangt den Ressourcenverbrauch so weit zu reduzieren, wie es die natürlichen Lebensgrundlagen verkraften, basierend auf dem wissenschaftlichen Konzept der planetaren Grenzen. Im Parlament fehlt aber das Bewusstsein einer «ökologischen Schuldenbremse» völlig. Die Initiative wurde nicht wirklich ernst genommen. Auch der Bundesrates befasste sich nicht wissenschaftlich fundiert mit der Initiative und ging damit respektlos um. So wies er beispielsweise nur auf die hohen Kosten für die Wirtschaft hin, was uns das Nichtstun kostet wurde nicht erwähnt! Die Initiative sei ein zu starker Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit. Der Gegenvorschlag wurde von der bürgerlichen Mehrheit ebenso versenkt. Der Initiative wird es an der Urne schwer haben.

## **Frauenanliegen spüren den männerdominierten Ständerat**

Massnahmen gegen sexualisierte Gewalt finden im Nationalrat oft eine Mehrheit, nicht so im Ständerat. Mit der parlamentarischen Initiative «Unterlassene Hilfestellung konsequent bestrafen» darf nicht mehr weggeschaut werden, wenn eine Person misshandelt oder vergewaltigt wird. Der Vorstoss wurde vom Nationalrat klar angenommen, von der Ständeratskommission aber ebenso deutlich abgelehnt. Im Kampf gegen Menschenhandel, Genitalverstümmelung und Zwangsprostitution ging es der Motion «Lücke im Opferhilfegesetz schliessen» gleich. Zurück im Nationalrat, wurden die Anliegen ein zweites Mal gutgeheissen. Der Nationalrat hat zudem in dieser Session das Nachstellen (Stalking) als Straftatbestand anerkannt und dieser gilt im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt sogar als Officialdelikt. Bei allen Vorlagen ist jetzt der Ständerat am Zug, denn ohne Zustimmung beider Räte gibt es keine neuen Gesetze. Es wird ein starkes Frauen-Lobbying nötig sein.

## **Transparenzregeln gegen hohe Gesundheitskosten**

Die Gesundheitskosten steigen, das Lobbying spielt dabei eine entscheidende Rolle. Organisationen des Gesundheitswesens, zum Beispiel Krankenkassen, stecken Ratsmitgliedern teils lukrative Mandate von bis 160'000 Franken pro Jahr in die Tasche. Das schafft Abhängigkeiten. 2022 hatten Mitglieder der Gesundheitskommission 69 bezahlte Mandate im Gesundheitsbereich. Die Höhe der Einnahmen müssen nicht offengelegt werden. Ein Vorstoss im Ständerat wollte Transparenz schaffen. Vor den Wahlen hat die vorberatende Kommission dem Anliegen noch zugestimmt. Nach den Wahlen will der Ständerat von den neuen Transparenzregeln nichts mehr wissen.

## **Almosen für den Frauenfussball**

Mit der UEFA Women's Euro 2025 haben wir einen Sportanlass mit einem Millionenpublikum in die Schweiz geholt. Es ist der zweitgrösste Sportanlass in Europa bezüglich TV-Reichweite. Eine Chance für die Schweiz, den Sport, den Frauenfussball und auch für den Tourismus. Und bei diesem sportlichen Grossereignis ist tatsächlich noch der Sport im Zentrum und nicht der Kommerz. Der Bundesrat hat für diesen Event vier Millionen Franken gesprochen, bei der Männer-EM waren es 80 Millionen Franken. Fünf Prozent des Budgets der Männer! Das Parlament hat den Bundesrat korrigiert und das Budget fast vervierfacht.

## **Die Doppelnamen sind zurück**

Die meisten wünschten sich die Doppelnamen zurück. Seit der Einführung des Namensrechts 2013 fühlen sich viele in der Namenswahl eingeschränkt. Bei der Heirat muss entschieden werden, ob die Eheleute ihren Namen behalten oder einen gemeinsamen Familiennamen wählen. Viele Frauen nahmen deshalb den Namen des Mannes an. Der Nationalrat hat nun das Namensrecht geändert. Jede und jeder kann individuell den eigenen Namen bestimmen. Ohne Erklärung, behalten beide Eheleute ihren Namen. Auch bei der Wahl eines Doppelnamens ist alles möglich: über die Reihenfolge der Namen kann entschieden werden und ob diese mit einem Bindestrich verbunden sind. Gewünscht hätte die linke Ratschälfte, dass beide Elternteile im Namen der Kinder erkennbar sind. Der Rat hat sich aber klar gegen Doppelname bei Kindern entschieden.

## **Eindrücklicher Besuch des ukrainischen Parlamentspräsident**

Vor dem Bürgerstock-Friedenskonferenz besuchte uns der ukrainische Parlamentspräsident. Er bedankte sich für die Unterstützung der Schweiz und betonte, wie wichtig die Konferenz sei. Es ist bewundernswert, wie ein Land im Kriegszustand seine demokratische Struktur aufrechterhält und alle zwei Wochen eine Parlamentssitzung abhält. Von der Tribüne verfolgte der Präsident die Ratsdebatte, just im Moment als der Ständerat über die Teilabschaffung des Schutzstatus S für Geflüchtete aus der Ukraine entschied. Mit 23:19 Stimmen hat der Rat beschlossen den Status S nur noch zu gewähren, wenn die Person aus dem Kriegsgebiet oder russisch besetztem Gebiet kommt. Für die Schweiz verlängert und verteuert sich dadurch das Asylverfahren, denn Personen aus der Ukraine haben weiterhin Anspruch auf Asyl. Der Präsident sagte darauf angesprochen, dass kein Ort in der Ukraine sicher sei und viele Ukrainerinnen und Ukrainer bereits heimgekehrt seien. Derweil spielten sich unwürdige Szenen im Treppenhaus ab. Zwei SVP-Nationalräte wurden handgreiflich, weil sie nicht akzeptieren konnten, dass die Treppe im Bundeshaus wegen der Sicherheit für den Besuch gesperrt war. Eine peinliche Demonstration, um den hohen Besuch herabzuwürdigen.